

**Antrag 291/I/2025****FA XI - Mobilität****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Quasi-stationsgebundene, free-floating E-Scooter – Mehrwert bewahren und Ärgernisse abstellen**

1 Die SPD-Abgeordnetenhausfraktion und die SPD-  
2 Mitglieder des Senats werden in Ergänzung zu den  
3 bisherigen Parteitagsbeschlüssen aufgefordert, in  
4 Zusammenarbeit mit den Bezirksamtern berlinweit  
5 Abstellflächen für Mikromobilitätsangebote zu schaffen,  
6 die

- 7 • sich an mindestens zwei Ausgängen jedes S-, U-  
8 oder Fern- und Regionalbahnhofs,
- 9 • in Kreuzungsbereichen von Wohn- und Geschäfts-  
10 straßen mit einem lokal angemessenen Regelab-  
11 stand,
- 12 • in regelmäßigen Abständen in Industriegebieten  
13 befinden.

14  
15 Eine Einbindung in das Jelbi-Netz ist zu prüfen. Bestehen-  
16 de Abstellmöglichkeiten werden davon nicht nachteilig  
17 betroffen. Die Einrichtung der Flächen erfolgt je Stand-  
18 ort unter Wegfall eines Pkw-Stellplatzes, bei übererfüllten  
19 Maßgaben des Mobilitätsgesetzes Berlin auf den zusätzli-  
20 chen Flächen des Gehwegs oder auf an dem Straßenland  
21 angrenzenden öffentlichen oder privaten Flächen.

22  
23 Alle anderen Flächen, darunter insbesondere Geh- und  
24 Radwege, Fahrbahnen und Grünanlagen, Schutzgebiete  
25 und Wälder, sind durch meterscharfes Geofencing sei-  
26 tens der anbietenden Unternehmen gesichert freizuhal-  
27 ten. Die anbietenden Unternehmen sind rechtlich zur Ein-  
28 haltung zu bewegen.

29  
30 Die Erlaubniserteilung zur Sondernutzung durch E-  
31 Scooter-Anbietende hat nach Maßgabe oben stehender  
32 Erwägungen und unter besserer Nutzung der Neben-  
33 bestimmungsmöglichkeiten zu §§ 11a Abs. 1; 11 Abs.  
34 1 BerlStrG zu erfolgen. Unter anderem zu prüfen ist  
35 die Einführung einer Identitätsprüfung von nutzenden  
36 Mietenden.

37  
38 Die Sondernutzungsgebühren nach § 11a Abs. 1 iVm 11 Abs.  
39 9 S. 1 BerlStrG sind auf ganz Berlin auszuweiten.

40  
41 Es sind für die Beseitigung von blockierenden Scootern  
42 durch Verwaltungsmitarbeitende Verwaltungsgebühren  
43 vorzusehen.

44  
45 **Begründung**  
46 E-Scooter erfreuen sich großer Beliebtheit als Mikromobi-  
47 litätsangebote für die letzte Meile. Diesen Vorteilen steht  
48 die Gefährdung aller Berlinerinnen und Berliner durch

49 wild abgestellte E-Scooter gegenüber. Dies beeinträch-  
50 tigt die Bewegungsfreiheit, stellt Verkehrshindernisse dar,  
51 kann die Umwelt belasten und zu Sach- und Personen-  
52 schäden führen. Reine freefloating- Angebote haben sich  
53 als nicht stadtverträglich erwiesen, sodass nun eine flä-  
54 chendeckende, stationsgebundene Abstellung umgesetzt  
55 werden muss. Dazu müssen einerseits die rechtlichen  
56 Rahmen geschaffen werden und andererseits Lenkungs-  
57 maßnahmen für die Einhaltung und Nutzung seitens der  
58 Anbietenden und Mietenden geschaffen werden (Neben-  
59 bestimmungen für Erlaubniserteilung, Sondernutzungs-  
60 gebühren, Verwaltungsgebühren für Entfernung).